

Bericht aus der öffentlichen Gemeinderatssitzung

1: Fragemöglichkeit für Zuhörer

Zu Beginn stellen einige Zuhörer Fragen zu folgenden Themen, auf die Herr Bürgermeister Brügger Antwort gibt:

- Unvollständige Teerung in der Feldbergstraße
- Ausweitung der 30er-Zone in der Denzlinger Straße in das Gewerbegebiet hinein
- Geschwindigkeitsbegrenzende Symbole in der Feldbergstraße
- Notwendigkeit des Baus einer Flüchtlingsunterkunft

2: Bestätigung der Niederschrift

Die Niederschrift wurde ohne Einwendungen von mindestens zwei Mitgliedern des Gemeinderats unterschriftlich bestätigt.

3: Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung

Keine Bekanntgaben.

4: Common Ground-R(h)einverbindlich

Zu Beginn der Sitzung schlägt Herr Bürgermeister Brügger vor, TOP 7 an die vierte Stelle vorzuziehen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Frau Tebel-Haas, Europakoordinatorin des Landratsamts Emmendingen, und Herr Auchter vom BUND Regionalverband Südlicher Oberrhein stellen das Projekt vor.

Der Eurodistrict Region Freiburg - Centre et Sud Alsace, verfügt über mit dem „Common Ground“-Projekt über Fördermittel der Robert-Bosch-Stiftung zur Stärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf Bürgerebene. Im Rahmen dieses Programms möchte die Gemeinde Muttersholtz mit der Gemeinde Vörstetten ein gemeinsames Bürgerbeteiligungsprojekt zum Themenkomplex Fußgänger- und Radfahrermobilität und –verkehr durchführen.

Herr Bürgermeister Brügger betont die Gemeinsamkeiten von Muttersholtz und Vörstetten: So hätten beide Gemeinden eine stark befahrene Durchfahrtsstraße, viele schmale Gassen und eine große Anzahl an Fachwerkhäusern.

Die SPD unterstützt das Projekt und lobt es Symbol der Völkerverständigung. Sie erkundigen sich nach etwaigen Vorgaben des Landratsamtes zur Zusammensetzung der Personengruppe, die am Austausch mitwirken soll. Herr Auchter antwortet, dass es konkret keine Richtlinien gäbe, man sich aber eine möglichst diverse Gruppe wünsche.

Die Freien Wähler schließen sich der SPD an und fragen nach der Art der Bekanntmachung der Ergebnisse des Bürgerforums. Frau Tebel-Haas verweist auf die zweisprachige Dokumentation der Ergebnisse, die den Gemeinden dann zur weiteren Bearbeitung zur Verfügung gestellt würden.

Ein Gemeinderat will wissen, ob für die Gemeinde Kosten für das Projekt entstehen. Frau Tebel-Haas verneint, aufgrund der finanziellen Unterstützung der Robert-Bosch-Stiftung und der Unterstützung in Form von Arbeitsleistung des Landratsamts habe die Gemeinde nur den Aufwand, der bei der Zusammenstellung der Gruppe und am Tag selbst entsteht, zu tragen.

Beschluss:

Der Gemeinderat begrüßt die Durchführung des Objekts.

5: Bebauungsplan "Krummacker" - Offenlagebeschluss

Drei Gemeinderäte rücken wegen Befangenheit vom Sitzungstisch ab.

Herr Reichenbach vom Verbandsbauamt stellt den Sachverhalt vor.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes „Krummacker“ wurde am 09.12.2019 durch den Gemeinderat beschlossen. Gewählt wurde das damals neu eingeführte Verfahren nach § 13b BauGB i.V.m. § 13a BauGB für den ebenfalls zu überplanenden Teilbereich westlich der Sulzgasse. Am 21.02.2022 hat der Gemeinderat den Vorentwurf zum Bebauungsplan gebilligt und beschlossen, die frühzeitige Beteiligung durchzuführen. Neben der Planauslage im Rathaus sowie online vom 17.06.2022 bis 22.07.2022 wurde eine Öffentlichkeitsveranstaltung am 22.06.2022 in der Heinz-Ritter-Halle durchgeführt.

Im Nachgang zu dieser Veranstaltung sind Stellungnahmen von sechs Bürgerinnen und Bürgern eingegangen. Diese befassen sich u.a. mit der Abgrenzung des Bebauungsplans, der angrenzenden Landwirtschaft, den geplanten Baukörpern und der Notwendigkeit des Baugebiets an sich. Auch die Kapazität der Straßen- sowie auch der sozialen Infrastruktur im Bereich der Kinderbetreuung wurde thematisiert.

Aufgrund eines Urteils des Bundesverwaltungsgerichts im Jahr 2023 ist § 13b BauGB nicht mehr anwendbar, zwischenzeitlich wurde er aus dem Baugesetzbuch entfernt. Folglich ist das Verfahren auf ein reguläres Bebauungsplanverfahren umzustellen, ein Umweltbericht zu erstellen und in diesem Falle auch der Flächennutzungsplan zu ändern. Die vom damaligen Aufstellungsbeschluss umfassten Teilbereiche westlich der Sulzgasse wurden in einem gesonderten Verfahren bereits überplant: Der Bebauungsplan „Sulzgasse – 1. Änderung“ ist am 22.02.2024 als Bebauungsplan der Innenentwicklung in Kraft getreten. Der größere Teilbereich östlich der Sulzgasse, d.h. die Außenentwicklung, wird im Verfahren „Krummacker“ weitergeführt. Die erforderliche Flächennutzungsplanänderung wird auf Ebene des Gemeindeverwaltungsverbandes als Parallelverfahren zu diesem Bebauungsplan betrieben. Die Offenlage wurde dazu bereits durchgeführt.

Weiteres Vorgehen:

Die Verfasser der Stellungnahmen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung werden über das Ergebnis der Abwägung nach Beschlussvorschlag a) benachrichtigt. Nach erfolgtem Beschluss wird die öffentliche Bekanntmachung zur Offenlage im Amtsblatt veröffentlicht. Eine Woche nach Veröffentlichung beginnt die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfs mit allen der Vorlage beigefügten Unterlagen auf der Homepage der Gemeinde sowie ergänzend in Papierform im Rathaus für eine Dauer von mindestens 30 Tagen. Parallel werden übergeordnete Behörden sowie sonstige Träger öffentlicher Belange angeschrieben und um Stellungnahme gebeten. Die eingehenden Stellungnahmen werden aufgearbeitet und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung im Rahmen des Satzungsbeschlusses vorgelegt.

Ein Gemeinderat erkundigt sich, ob die geplanten Tinyhäuser für dauerhaftes oder temporäres Wohnen konzipiert seien. Herr Brügner antwortet, dass diese Wohnform eher für bestimmte Lebensphasen geeignet seien und meist auch nicht aus Stein gebaut würden, somit also schnell auch abgerissen werden könnten.

Ein Gemeinderat fragt, ob die Tinyhäuser als Ferienwohnung genutzt werden könnten. Herr Reichenbach bejaht, dies sei bisher so im Bebauungsplan festgesetzt. Die Gemeinderäte sprechen sich einheitlich gegen die Nutzung als Ferienwohnung aus und wollen dies bei der Abstimmung berücksichtigen.

Zwei Gemeinderätinnen haken bezüglich der Stellplätze nach. Herr Reichenbach erklärt, dass die Stellplätze pro Wohnung gerechnet würden und es egal sei, wie viel größer sie als 45 m² sei.

Eine Gemeinderätin fragt nach, ob man den Bestandsschutz der landwirtschaftlichen Betriebe vertraglich festhalten könne. Zudem erkundigte sie sich nach dem Zustandekommen der Lärmgutachten. Herr Brügner antwortet, dass die bestehenden Betriebe und etwaigen daraus resultierenden Unannehmlichkeiten wie Gerüche oder Lärm in den Bebauungsvorschriften vermerkt seien und man zudem bei der Vergabe der Grundstücke einen entsprechenden Hinweis im Vertrag anbringen könne. Ein Gemeinderat bedenkt, dass solche Hinweise vor Gericht keine Bestandskraft hätten. Er kritisiert zudem die Lage des Baugebiets am Rande des Wasserschutzgebiets und dass man manche Bohrungen, z. B. für effektivere Wärmepumpen, nicht durchführen könne. Da er jedoch den Bedarf an Wohnraum gegeben sehe und die Gemeinde bereits viel investiert habe, werde er dennoch zustimmen.

Eine Gemeinderätin will wissen, ob die Tinyhäuser vollständig an Strom-, Wasser- und Abwassernetz angeschlossen seien und ob sie ebenfalls Nachweise für Stellplätze erbringen müssten. Herr Reichenbach bejaht dies.

Beschluss:

- a) Der Gemeinderat stimmt unter Abwägung der privaten und öffentlichen Belange untereinander und gegeneinander den Stellungnahmen und Lösungsvorschlägen bezüglich der im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitbeteiligung vorgebrachten Anregungen entsprechend der Anlage 1 zu.
- b) Der Gemeinderat beschließt, das Verfahren im Regelverfahren weiterzuführen, billigt den Entwurf des Bebauungsplans „Krummacker“ mit örtlichen Bauvorschriften mit der Änderung, dass auch in den im Plan als WA5 und SO1 gekennzeichneten Gebieten keine Ferienwohnungen betrieben werden dürfen, und beschließt die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch und die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch.

Die befangenen Gemeinderäte kehren zum Sitzungstisch zurück.

6:

Einbringung des Haushalts 2025 der Gemeinde Vörstetten

1. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan der Gemeinde Vörstetten für das Haushaltsjahr 2025 mit Finanzplanung und Investitionsprogramm 2024 bis 2028

2. Wirtschaftsplanes des Eigenbetrieb Gemeindewerke für das Wirtschaftsjahr 2025 mit Finanzplanung und Investitionsprogramm 2024 bis 2028

3. Wirtschaftsplanes des Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung Vörstetten für das Wirtschaftsjahr 2025 mit Finanzplanung und Investitionsprogramm 2024 bis 2028

Herr Ziegler vom Rechnungsamt stellt den Entwurf der Haushaltspläne für die Gemeinde Vörstetten, den Eigenbetrieb Gemeindewerke und den Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung vor. Dabei wird ein großes Minus durch die Kinderbetreuung deutlich. Herr Brügner betont aber die Wichtigkeit des Angebots und wünscht sich mehr Unterstützung von Land und Bund, die Rechtsansprüche auf Betreuungsplätze formulieren, dann aber die Gemeinden nicht entsprechend entlasten würden. Ein Gemeinderat merkt für die Zuhörer an, dass die Haushaltsberatungen erst im kommenden Jahr stattfinden würden und die Fraktionen Zeit bräuchten, um über die Planung zu beraten.

Außerdem erklärt Herr Ziegler, dass im kommenden Jahr die Gebühren für Wasser und Abwasser neu kalkuliert werden müssten. Diese träten dann rückwirkend zum 01.01.2025 in Kraft.

7: Aufnahme eines Förderdarlehens über die KfW-Bank für den Neubau einer Flüchtlingsunterkunft.

Herr Bürgermeister Brügner erläutert den Sachverhalt.

Die Gemeinde Vörstetten plant den Neubau einer Flüchtlingsunterkunft. Der Neubau soll in den kommenden beiden Jahren umgesetzt und fertig errichtet werden.

Die Haushaltsmittel für das Projekt werden in den Haushaltsjahren 2025 – 2027 veranschlagt. Ein Projekt dieser Größenordnung kann unter Berücksichtigung der derzeitigen Haushaltssituation nicht vollständig durch Eigenmittel der Gemeinde Vörstetten finanziert werden. Es muss Fremdkapital über eine Darlehensaufnahme beschafft werden.

Die Suche nach günstigen Fremdkapital gestaltet sich aktuell nicht so einfach.

Bei dem aktuell im Vergleich zur Niedrigzinsphase der letzten Jahre hohen Zinsniveau muss der Markt sorgfältig nach günstigen Angeboten durchsucht werden.

Hierbei ist die Gemeinde Vörstetten auf ein Sonderkreditprogramm der Kreditanstalt für den Wiederaufbau (KfW-Bank) aufmerksam geworden. Bei diesem Programm geht es speziell um den Neubau von Flüchtlingsunterkünften durch Kommunen, die mit einem von Bund geförderten Darlehen unterstützt werden sollen.

Die Gemeinde Vörstetten hat einen Antrag in diesem Programm bei der KfW-Bank gestellt und eine Zusage für ein Darlehen in Höhe von 1.745.000,00 Euro erhalten. Der Zinssatz wird tagesaktuell angepasst und lag in der vergangenen Woche bei 1,65 – 1,75 %.

Dieser Zinssatz ist aktuell einmalig und bei unseren Hausbanken aufgrund der fehlenden staatlichen Förderung nicht annähernd zu erreichen.

Das Sonderprogramm der KfW-Bank wird zum Jahresende eingestellt und es werden grundsätzlich keine Neukreditzusagen mehr erteilt. Daher müsste das Darlehen noch bis zum Jahresende abgerufen werden, um das Förderdarlehen zu erhalten.

Die Verwaltung empfiehlt das Darlehen in Höhe von 1.745.000,00 Euro über die KfW-Bank zum tagesaktuellen Zinssatz aufzunehmen.

Die Kreditaufnahme erfolgt im Rahmen der von der Rechtsaufsichtsbehörde für das Haushaltsjahr 2024 genehmigten Kreditermächtigung.

Der Beschluss für den Bau einer Flüchtlingsunterkunft nach dem „Herbolzheimer Modell“ wurde in der Gemeinderatssitzung vom 13.05.2024 gefasst. Über die Vergabe der Planungsleistungen soll in einer der nächsten Sitzung entschieden werden, sodass ein Abschluss der Baumaßnahme innerhalb der Frist von zwei Jahren für das Darlehen gewährleistet ist.

Ein Gemeinderat lobt die Sinnhaftigkeit der Maßnahme und unterstützt die Konzeption als Herbolzheimer Modell.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Aufnahme eines Förderdarlehens bei der KfW-Bank über 1.745.000,00 Euro für den Neubau einer Flüchtlingsunterkunft.

8: Safer Traffic - Einstellung des Angebots zum 31.12.2024

Herr Bürgermeister Brügner stellt das Thema vor.

Der Gemeinderat hatte im Rahmen der Haushaltsberatungen 2024 beschlossen, das Angebot nochmals bis zum Jahresende 2024 weiterzubetreiben.

Die Nutzerzahlen sind weiterhin gering. So haben bislang im Jahr 2024 gerade einmal 83 Personen das Angebot genutzt. Dies entspricht aktuell 71,29€/Person.

Im Gegensatz dazu kostet das FRELO-System im Jahr 2024 4.699,31 € - und wurde seit März bereits über 1000 Mal benutzt, was weniger als 4,70€/Person entspricht.

Die Gemeinde Reute hat das Projekt eingestellt. Die Verwaltung schlägt ebenfalls vor, das Angebot zum 31.12.24 einzustellen. Ein Angebot nur für die Gemeinde Vörstetten würde die Kosten mindestens verdoppeln.

Ein Gemeinderat merkt an, dass man Frelo und Safer Traffic nicht miteinander vergleichen könne und betont die Wichtigkeit des Letzteren besonders für Frauen.

Ein weiterer Gemeinderat schließt sich dieser Aussage an und schlägt vor, ein neues Angebot in Form von Taxizuschüssen zu initiieren. Laut Herrn Bürgermeister Brügner sei dies allerdings schwierig in der Umsetzung, da es zu viele Taxiunternehmen gebe und man nicht mit jedem eine Abmachung treffen könne. Zudem müsse die Uhrzeit eindeutig geklärt werden, ab der die Gemeinde Zuschüsse für die Taxibenutzung zur Verfügung stellt.

Ein Gemeinderat berichtet von der regen Nutzung des Frelo-Angebots. Besonders junge Leute schlossen sich in Gruppen zusammen und gelangten so sicher zurück nach Vörstetten.

Dem fügt eine Gemeinderätin hinzu, dass Eltern ihre Kinder häufig auch abholen würden.

Dass man sich neben Frelo weitere Gedanken zur Gewährleistung eines sicheren Nachhausewegs machen müsse, regt ein anderer Gemeinderat an. Er schlägt vor, die Busverbindung X4 zu prüfen, die Freitag- und Samstagnacht von der Endhaltestelle in Gundelfingen aus über die B3 nach Wasser fahre. Diese könne ja vielleicht in Vörstetten einen Halt einlegen.

Eine Gemeinderätin betont, dass es nicht darum gehe, Frelo und Safer Traffic gegeneinander auszuspielen, sondern besonders Angesichts des defizitären Haushaltes zu überprüfen, wie

man die Gemeinde finanziell entlasten könne. Man müsse demnach schauen, welche Angebote wahrgenommen würden.

Eine Gemeinderätin erwidert, dass die geringe Nutzung des Angebots damit zusammenhängen könne, dass es zu wenig beworben worden sei. Sie rät, das Angebot lieber präsenter in der Bevölkerung zu machen, als es zu beenden.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Einstellung des Safer Traffic Angebots zum 31.12.2024.

9: Annahme von Spenden

Herr Bürgermeister Brügner rückt aufgrund von Befangenheit vom Sitzungstisch ab. Die Sitzungsleitung übernimmt 1. Bürgermeisterstellvertreter Hansjörg Frey. Er präsentiert die eingegangenen Spenden i. H. v. 4.457,00 €.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Annahme der Spenden in Höhe von 4.457 €.

Herr Bürgermeister Brügner kehrt an den Sitzungstisch zurück.

10: Verschiedenes, Fragen und Anregungen

Eine Gemeinderätin bemängelt, dass die Beleuchtung des Radwegs Richtung Gundelfingen nicht mehr richtig funktioniere und fragt nach der Zuständigkeit. Herr Bürgermeister Brügner verweist auf die Gemeindewerke Gundelfingen, merkt allerdings an, dass es sich nicht um einen technischen Defekt handle, sondern die solarbetriebenen Lampen im Winter nie komplett funktionieren würden und der Eindruck eines „Wackelkontakts“ entstehe.

Ein Gemeinderat wendet sich an die Pressevertreter der Badischen Zeitung. Die in der letzten Sitzung vorgestellte Arbeit der Hospizgruppe Denzlingen und Umgebung e. V. sei nicht entsprechend beworben worden. Er wünsche sich eine nachträgliche Information mitsamt einem Aufruf zur Spende.

11: Fragemöglichkeit für Zuhörer

Ein Zuhörer wünscht sich die explizite Festhaltung des Bestandsschutzes landwirtschaftlicher Betriebe im Kaufvertrag der Grundstücke im Krummacker. Herr Bürgermeister Brügner verweist auf seine vorherige Aussage, dass dies gemacht werde.

Anschließend lässt er das Jahr Revue passieren und lobt die Arbeit der ehrenamtlich engagierten Bürger im Dorf. Zudem ehrt er jene Gemeinderäte, die bei jeder Sitzung des Gremiums anwesend waren.